



## *Conversion Survey 2004*

# **Global Disarmament, Demilitarization and Demobilization**

*Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden, 2004, 200 S., ISBN 3-8329-0738-6*

*Deutsche Zusammenfassung*

*Die Arbeit des **Internationalen Konversionszentrums Bonn (BICC)** ist der Untersuchung und Förderung von Abrüstung und Konversion in einem weit gefassten Sinne gewidmet. Jährlich analysiert das BICC bedeutende Ereignisse, Themen und neue Erkenntnisse auf englischer Sprache in seinem Jahrbuch, dem Conversion Survey, das im Nomos-Verlag erscheint. Michael Brzoska, Forschungsleiter am BICC, und Peter Croll, Direktor des BICC, haben die wichtigsten Trends in der Einleitung zusammengefasst.*

### ***Zusammenfassung des Abrüstungs- und Konversionsgeschehens***

#### ***Die Prioritäten wieder richtig setzen***

Eng begrenzte Vorstellungen von nationaler Sicherheit sind derzeit dabei, ein umfassenderes Verständnis der wichtigsten Bedrohungen für die Menschheit weltweit ins Abseits zu drängen. Der Konsens, auf den sich 189 Regierungschefs vor nur drei Jahren beim Millenniumgipfel der Vereinten Nationen (VN) verständigt hatten, drohte 2003 schon wieder zu zerbrechen. Wenn diese Tendenz anhält, laufen wir ernsthaft Gefahr, die Millenniumsentwicklungsziele – insbesondere die Verminderung der Armut – nicht zu erreichen. Die internationale Politik-Agenda nach dem 11. September 2001 scheint von „neuen“ Bedrohungen, etwa durch den internationalen Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, beherrscht zu sein. Und anstatt Maßnahmen zu ergreifen, die auf die Beseitigung ihrer tieferen Ursachen abzielen, dominierten 2003 militärische Optionen. Nach wie vor sahen viele politische Entscheidungsträger Sicherheit primär als nationale

und nicht als globale Aufgabe an. Dies wirkte sich u.a. auf die Abrüstungs- und Konversionspolitik, aber auch auf Bereiche wie Armutsverminderung und Gesundheitsfürsorge aus. Im Folgenden soll diese Entwicklung eingehender analysiert werden.

War der Krieg im Irak 2003 einerseits Ausdruck für dieses eng gefasste Sicherheitsverständnis, entzündete sich an ihm andererseits auch der Widerstand gegen eine solche Orientierung. Von besonderer Bedeutung war die Debatte über die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Die Behauptungen, der Irak besitze derartige Waffen, bestätigten sich zwar nicht. Dennoch ist die neuerliche Beachtung, die den Gefahren von Massenvernichtungswaffen international zuteil wurde, ohne Zweifel begrüßenswert, wobei andere tödliche Waffen wie etwa Kleinwaffen darüber nicht in Vergessenheit geraten dürfen. Es muss in Zukunft einerseits sorgfältiger zwischen den verschiedenen Kategorien von Massenvernichtungswaffen und andererseits zwischen ihren aktuellen Besitzern differenziert werden. Noch notwendiger aber ist die Einsicht, dass der einzige Erfolg versprechende Weg, den von solchen Waffen ausgehenden Bedrohungen zu begegnen, in einem multilateralen Vorgehen liegt. In der neuen Europäischen Sicherheitsstrategie beispielsweise kommt das recht klar zum Ausdruck. Die Vereinten Nationen aber müssen weiterhin im Zentrum eines solchen Multilateralismus stehen. Die Diskussionen über den Irak-Krieg haben jedoch auch die Notwendigkeit von Reformen bei den VN aufgezeigt, die sie in die Lage versetzen müssen, mit der gegenwärtig sehr brisanten internationalen Lage und nicht zuletzt auch den neuen Bedrohungen fertig zu werden.

Eine andere große „neue“ Bedrohung für weite Teile der Menschheit ist die Ausbreitung von HIV/AIDS. Die VN und andere Organisationen hatten zu Beginn dieses Jahrhunderts erste erfolgreiche Schritte unternommen, die mit HIV/AIDS verbundenen Sicherheitsprobleme anzugehen. In der neuen Sicherheitsagenda scheint es jedoch wenig Raum für nicht militärische Ansätze zu geben. Ebenso wie die Verringerung der Armut droht auch die Bekämpfung von HIV/AIDS im Wettstreit mit den steigenden Militärausgaben zu unterliegen.

## *Der Irak-Krieg und seine Nachwirkungen*

### **Der Krieg und seine Folgen**

Während der ersten Jahreshälfte 2003 beherrschte der Krieg im Irak die Weltpolitik. Mit der Unterstützung Großbritanniens führten die Vereinigten Staaten – ohne ein entsprechendes Mandat des VN-Sicherheitsrats – ihre Kriegspläne aus, bevor die Überwachungs-, Verifizierungs- und Inspektionskommission der Vereinten Nationen (UNMOVIC) ihre Arbeit im Irak beendet hatte. Dieser

Verstoß gegen die Regeln der VN-Charta hatte eine zweifache Wirkung: er verstärkte die Ablehnung dieses Krieges und stürzte die VN gleichzeitig in eine tiefe Krise.

Da die US-amerikanischen und britischen Streitkräfte weitaus besser ausgerüstet waren als ihre Gegner, konnten sie den Krieg rasch gewinnen – nicht aber den Frieden. Es zeigte sich bald, dass die Planung für die Zeit nach dem Krieg auf allzu optimistische Annahmen gestützt und unzureichend war. Außerdem begingen die Besatzungsmächte einige gravierende Fehler, zu denen auch die Auflösung der irakischen Sicherheitskräfte gehörte. Diese Fehler riefen in der irakischen Gesellschaft eine wachsende Feindseligkeit gegenüber den Besatzungsmächten hervor, was wiederum zur Folge hatte, dass die Besatzungstruppen seit dem Ende des Krieges höhere Verluste erlitten haben als während der eigentlichen Kampfhandlungen.

Die Schwierigkeiten beim Wiederaufbau des Irak nach dem Krieg sind vorhergesagt worden. Aus allen Teilen der Erde waren diesbezügliche Befürchtungen zu hören. Doch geleitet von ihrer ideologischen Überzeugung, dass mit der Befreiung vom Diktator alle wesentlichen Voraussetzungen für einen Erfolg erfüllt seien, waren die in der US-Regierung tonangebenden „Neo-Konservativen“ nicht gewillt, die Lehren aus anderen Nachkriegssituationen wie z.B. in Afghanistan zu berücksichtigen. Das Versäumnis, vorsorgende Maßnahmen zu treffen, um die Herrschaft im Irak soziopolitisch zu verankern, erwies sich schließlich als verhängnisvoll.

Einige der von den Kriegsgegnern vorhergesagten Konsequenzen traten allerdings nicht ein. Zum Beispiel kam es nicht zu einer „Erhebung der Massen“ in anderen arabischen Staaten. Es trifft zwar zu, dass sich die Lage in Palästina verschärfte, aber das hing nicht wesentlich mit dem Irak-Krieg zusammen: Israels unnachgiebige Politik und die Tatsache, dass die palästinensische Autonomiebehörde nicht in der Lage war, die Gewalt und insbesondere die Selbstmordattentate zu unterbinden, waren dafür mit verantwortlich. Kurz gesagt, mit Ausnahme des Iraks selbst war während oder unmittelbar nach Ende des Krieges in keinem anderen Land eine deutliche Zunahme terroristischer Aktivitäten zu beobachten.

### **Die Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen**

Der Verstoß gegen die Resolutionen des VN-Sicherheitsrats, die dem Irak den Besitz von Massenvernichtungswaffen verboten und die vollständige Abrüstung auf diesem Gebiet verlangten, lieferte sowohl vor als auch während des Krieges die wichtigste Begründung für den Militäreinsatz der US-amerikanischen und der britischen Regierung. Erst als trotz intensiver Ermittlungen der *Iraq Survey Group*, eines 1.400 Personen starken, von US-Militärs geleiteten Inspektionsteams, weder die verbotenen Waffen

noch die Produktionsanlagen für derartige Waffen gefunden wurden, dienten der Regimewechsel und die Befreiung des irakischen Volkes als primäre Rechtfertigung.

Die Tatsache, dass Massenvernichtungswaffen 2003 wieder verstärkte Aufmerksamkeit erfuhren, war jedoch nicht ausschließlich dem Irak-Krieg zuzuschreiben. Zusätzlich zum Terrorismus – und insbesondere in Verbindung mit ihm – wurden Massenvernichtungswaffen nun ebenfalls als eine „neue“ Bedrohung eingestuft, die weitere Militärausgaben und militärische Gegenmaßnahmen rechtfertigte. Die 2002 erstellte *Nationale Sicherheitsstrategie* der Vereinigten Staaten misst der Bedrohung durch die Weitergabe von Massenvernichtungswaffen besonderes Gewicht bei und beinhaltet eine Doktrin der Prävention gegen ihre Weiterverbreitung, die auch Militärschläge einschließt. Was im Irak geschah, war die Anwendung dieser Strategie in der Praxis.

Massenvernichtungswaffen stellen schwer wiegende Gefahren dar, denen die Sicherheitspolitik entgegenzuwirken hat. Allerdings sind die Entscheidungsträger aufgefordert, deutlich zu differenzieren. Denn das allen diesen Waffen gemeinsame Merkmal – nämlich das Potenzial, im Stillen und über ziemlich lange Zeiträume zu töten – verschleiert in der Realität Unterschiede, die für die Wahl der politischen Maßnahmen zu ihrer Beseitigung entscheidend sein können.

- Nuklearwaffen werden primär durch ihre physikalischen Eigenschaften der Fusion oder der Spaltung von Atomen definiert, und sie haben eine einzigartige Wirkung. Außerdem ist eine beträchtliche technische Infrastruktur erforderlich, um eine solche Waffe zu zünden. Bei chemischen, biologischen und radiologischen Kampfstoffen kann der Tod durch die Einwirkung dieser Stoffe in vielfältiger Weise eintreten. Es gibt zwar eine große Zahl giftiger chemischer Substanzen, zahlreiche gefährliche Krankheitserreger und viele Strahlungsquellen, doch werden im Allgemeinen nur wenige von ihnen als Massenvernichtungswaffen klassifiziert. Die Zahl der Todesopfer bei größeren Katastrophen in der chemischen Industrie, wie z.B. im italienischen Seveso oder im indischen Bhopal, war wesentlich höher als beim Einsatz chemischer Kampfstoffe durch internationale Terroristen. Und auf Grund des weit verbreiteten natürlichen Vorkommens biologischer Agenzien ist oft schwer zu unterscheiden, ob der Ausbruch einer Krankheit natürlich bedingt war oder von Menschen herbeigeführt wurde.
- Die Zahl der Todesopfer, die der Einsatz der verschiedenen Typen von Massenvernichtungswaffen im vergangenen Jahrhundert gefordert hat, war sehr unterschiedlich. Massenvernichtungswaffen wurden nicht sehr oft eingesetzt, und auch andere Waffen erwiesen sich als sehr tödlich. Von den mehr als 100 Millionen Menschen, die in den Kriegen des 20. Jahrhunderts ums Leben kamen, starben grob geschätzt

weniger als eine Million durch Nuklearwaffen, weniger als 300.000 durch chemische und nur eine verhältnismäßig kleine Zahl durch biologische Kampfstoffe. Die tödlichsten Waffen des Ersten Weltkriegs waren letztlich Kleinwaffen wie Gewehre und Maschinengewehre. Das hat sich auch in den letzten zwei Jahrzehnten, in denen zahlreiche innerstaatliche Kriege geführt wurden und auch zwischenstaatliche bewaffnete Auseinandersetzungen keine Seltenheit waren, nicht verändert. In den bedeutenderen zwischenstaatlichen Kriegen und insbesondere im Zweiten Weltkrieg, waren größere konventionelle Waffensysteme für die meisten Todesopfer verantwortlich, sowohl auf dem Schlachtfeld als auch anderweitig. Die Tatsache, dass diese Zahlen hier genannt werden, sollte nicht missverstanden werden als ein Versuch, die Gefahren von Massenvernichtungswaffen herunterzuspielen. Es geschieht vielmehr in dem Bemühen, die Aufmerksamkeit wieder stärker auf jene Kriegs- und Konfliktwerkzeuge zu lenken, die die wirklichen „Massenvernichtungswaffen“ waren und noch immer sind, nämlich Kleinwaffen.

- Während Herstellung, Besitz und Einsatz chemischer und biologischer Substanzen, die als Kampfstoffe klassifiziert sind, durch internationale Verträge verboten sind, ist das bei Nuklearwaffen nicht der Fall. Insgesamt besitzen die fünf Nuklearmächte, die der Atomwaffensperrvertrag zulässt, rund 20.000 einsatzfähige nukleare Gefechtsköpfe – weitaus mehr, als zur Vernichtung allen menschlichen Lebens auf der Erde nötig wäre. Israel, Indien, Pakistan und möglicherweise auch Nordkorea, die den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet haben, verfügen über insgesamt rund 300 weitere nukleare Gefechtsköpfe. Die Bemühungen um die Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen dürfen aber nicht auf die Staaten beschränkt werden, die noch keine Nuklearmächte sind. Ungeachtet der Tatsache, dass alle derzeitigen Nuklearwaffenstaaten die atomare Abrüstung als letztendliches Ziel akzeptiert haben, gab es 2003 keinerlei Anzeichen dafür, dass sie bereit wären, konkrete Schritte zur Beseitigung der Nuklearwaffen zu unternehmen.

2003 hatte es zunächst den Anschein, als würde die Verbreitung von Nuklearwaffen durch den Irak-Krieg möglicherweise weiter zunehmen. Nachdem die Regierung Nordkoreas 2002 den Atomwaffensperrvertrag aufgekündigt und gleichzeitig die Absicht zur Wiederaufnahme der Plutoniumproduktion bekannt gegeben hatte, verstärkte sie ihre nuklearen Aktivitäten in den ersten Monaten des Jahres 2003. Das Gleiche traf offensichtlich auch auf den Iran zu, der von westlichen Geheimdiensten schon lange verdächtigt wird, ein Nuklearwaffenprogramm zu betreiben. Dass es zu derartigen Anstrengungen kommt, ist nicht verwunderlich: ist doch der Besitz von Nuklearwaffen vielleicht das einzige Mittel, mit dem sich eine kleine Militärmacht ein wirksames Abschreckungsmittel gegenüber der militärischen Übermacht der USA verschaffen kann.

Doch gegen Ende des Jahres 2003 wendete sich das Blatt. Zuerst gestand der Iran ein, gegen die Auflagen des Atomwaffensperrvertrags verstoßen zu haben. Auf Drängen der Europäischen Union hin gab die iranische Regierung die Zusage, die Waffenprogramme einzustellen und alle nuklearen Aktivitäten mit ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen in Einklang zu bringen. Ende des Jahres 2003 gab dann Libyens Staatschef Muammar al Gaddafi bekannt, sein Land werde alle Produktionsanlagen für Massenvernichtungswaffen abbauen. Und schließlich erklärte sich auch Nordkorea nach Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten und anderen Schlüsselstaaten der Region erneut dazu bereit, seine Nuklearwaffenkapazitäten aufzugeben.

Vielleicht war es nur natürlich, dass sich die US-Regierung daraufhin beeilte zu verkünden, diese Erfolge bei der Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen seien ein direktes Ergebnis ihrer unnachgiebigen Haltung in der Sache, die sie im Irak unter Beweis gestellt habe. Es gibt jedoch gute Gründe für die Vermutung, dass hier noch andere Faktoren im Spiel waren. Bemerkenswert ist, dass die Verhandlungen sowohl mit dem Iran als auch mit Libyen von europäischen Diplomaten geleitet wurden.

Wirtschaftssanktionen und der Wunsch nach ihrer Aufhebung spielten in allen drei Fällen eine wichtige Rolle. Ohne Zweifel hat die Härte der USA in der Auseinandersetzung um Massenvernichtungswaffen den Druck auf die Regime in Libyen, Iran und Nordkorea verstärkt, aber keines dieser Länder hätte sein Waffenprogramm so ohne weiteres aufgegeben, wären nicht zusätzliche Mittel eingesetzt worden. Insbesondere das Beispiel Nordkoreas zeigt, dass mehr als bloße Unnachgiebigkeit erforderlich ist – wenn ein Land auf seine Massenvernichtungswaffen verzichten soll, muss auch die gewisse Bereitschaft zu Gegenleistungen vorhanden sein.

Was auch immer letztlich zu den Erfolgen bei der Nichtweiterverbreitung geführt haben mag, eines ist gewiss: die Welt wäre sicherer, wenn sich die Bemühungen um nukleare Abrüstung auf alle derzeit vorhandenen Atomwaffenarsenale erstrecken würden. Das Festhalten an Nuklearwaffen seitens der Großmächte USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich ist ein Hemmnis für eine weitergehende nukleare Abrüstung.

### ***Die europäische Sicherheitsstrategie***

Wie erwähnt, spielt die Europäische Union in der Diplomatie der Nichtweiterverbreitung inzwischen eine aktive Rolle. Die Nichtweiterverbreitung wird in Europa heute ernster genommen als je zuvor, nicht zuletzt auf Grund der Befürchtung, die amtierende US-Regierung könnte mit ihrer Präventivschlagsdoktrin das Völkerrecht und die internationale Sicherheit untergraben.

Die wachsende Bereitschaft der EU, Verantwortung für die globale Sicherheit zu übernehmen, mündete 2003 in die Beratungen über eine gemeinsame *Europäische Sicherheitsstrategie*. Der Hohe Repräsentant für die Außenpolitik der EU, Javier Solana, legte beim EU-Gipfel im Juni 2003 in Thessaloniki einen ersten Entwurf vor, der beim EU-Gipfel im Dezember in Brüssel dann verabschiedet wurde. Im Mittelpunkt des europäischen Sicherheitsstrategiepapiers stehen zwar im Wesentlichen die gleichen Bedrohungen wie in der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA, doch bevorzugt Europa als Antwort darauf ein multilaterales Vorgehen. Präventive Militärstrategien finden sich in den europäischen Optionen gar nicht.

Doch auch wenn dies einen wichtigen Schritt hin zu einer stärkeren – und unabhängigeren – Rolle Europas in der Sicherheitspolitik darstellt, ist die europäische Sicherheitsstrategie in anderer Hinsicht höchst problematisch. Zum Beispiel werden weder der Status der EU – durch ihre beiden Nuklearmächte Frankreich und Großbritannien – als Nuklearwaffenbesitzerin, noch die Stationierung US-amerikanischer Nuklearwaffen in Europa erwähnt. Noch gravierender aber ist es, dass die nicht-militärischen Antworten auf Bedrohungen und die Konfliktprävention bzw. im Falle ihres Scheiterns die friedliche Beilegung bewaffneter Konflikte weitaus weniger Beachtung finden als die militärischen Optionen.

### **Die Vereinten Nationen**

Langsam aber sicher erholen sich die VN von dem Schlag, den sie im Vorfeld des Irak-Krieges erhalten hatten. Der Generalsekretär nannte 2003 ein „schweres Jahr“ für die VN und stellte fest: „Selten zuvor in der 58-jährigen Geschichte der Vereinten Nationen wurden so pessimistische Prognosen über ihre Zukunft gestellt.“<sup>1</sup>

In dem Bemühen, der Organisation wieder zu ihrer alten Stärke zu verhelfen, setzte der Generalsekretär u.a. eine hochrangige Expertengruppe mit der Aufgabe ein, die heutigen globalen Bedrohungen zu analysieren und Optionen für ein gemeinsames internationales Vorgehen dagegen auszuarbeiten. Die Zusammensetzung dieses Gremiums ist außerordentlich heterogen, gehört ihm doch Sadako Ogata, eine der beiden Vorsitzenden der *Kommission für Menschliche Sicherheit*, ebenso an wie Brent Scowcroft, der Nationale Sicherheitsberater der US-Präsidenten Ronald Reagan und George Bush Senior. Die

---

<sup>1</sup> Bericht des VN-Generalsekretärs über die Tätigkeit der Organisation, A/58/1, New York, August 2003, deutsche Fassung im Internet unter <http://www.un.org/Depts/german/gs/gsb03.pdf>

schwedische Regierung hat noch eine unabhängige Kommission hinzugefügt, die sich unter dem Vorsitz des früheren UNMOVIC-Chefs Hans Blix insbesondere mit Massenvernichtungswaffen beschäftigen soll.

Wenn die Vereinten Nationen den ambitionierten Zielen ihrer Charta in Zukunft besser gerecht werden wollen als in jüngster Zeit, sind tiefgreifende Reformen nötig. Manch ein Prinzip aus der Gründungsphase, so etwa die Fiktion der vollen Souveränität aller ihrer Mitgliedstaaten oder die uneingeschränkte Macht des Sicherheitsrates, muss überprüft werden. Die Charta sagt auch nicht viel zu Staaten, die das Leben oder die Rechte ihrer Bürger unzureichend schützen, die zerfallen sind oder Völkermord betreiben. Das Völkerrecht wurde zwar z.B. durch eine Reihe von VN-Resolutionen und internationalen Übereinkommen weiterentwickelt. Dennoch bleiben Privilegien und Grenzen der Souveränität weiterhin umstritten. Manche VN-Gremien – nicht zuletzt auch der Sicherheitsrat selbst – entsprechen nicht den Grundsätzen der Mitwirkung und Offenheit, die ansonsten von den VN propagiert werden. Mit anderen Worten, das Völkerrecht muss unbedingt gestärkt werden, damit es den Herausforderungen der heutigen Welt gewachsen ist.

### ***Verzögerungen bei der Armutsbekämpfung***

Es genügt jedoch nicht, dass die VN ihre Fähigkeiten zum Vorgehen gegen Gefahren für Frieden und Sicherheit verbessern. Sie müssen auch mehr tun, um die Verwirklichung der sozialen und wirtschaftlichen Ziele voranzubringen, die so gerne in ihrem Namen verkündet werden. Bedauerlicherweise wird es immer unwahrscheinlicher, dass die Millennium-Entwicklungsziele erreicht werden. Die Entwicklungsorganisation der VN (UNDP) mahnt: „Das Versprechen der Staats- und Regierungschefs, bis 2015 Hunderte Millionen von Menschen aus extremer Armut herauszuführen, kann wahr gemacht werden – aber nur, wenn die armen Länder weitreichende Reformen durchführen und die reichen Länder im Gegenzug verbesserte Handelsbedingungen einräumen und mehr Entwicklungshilfe leisten.“<sup>2</sup> Angesichts der tiefen Spaltung der internationalen Politik und der Verschiebung des Augenmerks auf den Krieg im Irak war 2003 in dieser Hinsicht ein „verlorenes Jahr“. Das Geld, das die Koalitionsstaaten für den Krieg ausgegeben haben – Schätzungen zufolge mehr als 100 Milliarden US-Dollar – hätte uns den Millennium-Entwicklungszielen ein großes Stück näher gebracht.

---

<sup>2</sup> Pressemitteilung zur Vorstellung des UNDP-Berichts über die menschliche Entwicklung *Human Development Report 2003*, Oxford University Press. Im Internet unter <http://www.dgyn.de/publikationen/hdr/PI03-1.pdf>



In seinem bereits erwähnten Jahresbericht brachte Kofi Annan auch seine Sorge über diese Verzerrung der Prioritäten zum Ausdruck: „Auch wenn die unmittelbaren und dringenden Aufgaben des Friedens und der Sicherheit unser ständiges Augenmerk erfordern, dürfen sie unsere Aufmerksamkeit nicht von der Arbeit für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ablenken (...) Unsere Anstrengungen für den Frieden werden vergeblich sein, wenn wir nicht beginnen, diese Kluft zu überwinden, indem wir echte Fortschritte zu Gunsten der ärmsten Länder der Welt erzielen.“

### *Gesundheit und Sicherheit*

Die Zusammenhänge, die in vielen Problembereichen zwischen Sicherheit und Entwicklung auf der einen sowie Unsicherheit und Armut auf der anderen Seite bestehen, dürfen nicht übersehen werden. Ein Thema, dem mehr Aufmerksamkeit gebührt, ist der Komplex Gesundheit.

### **HIV/AIDS und die Bedrohung der menschlichen Sicherheit**

Laut dem von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) herausgegebenen *Weltgesundheitsbericht 2003* ist HIV/AIDS die Todesursache Nummer Eins und der wichtigste Einzelfaktor in der Krankheitsbelastung der erwachsenen Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 59 Jahren.<sup>3</sup> Fast drei Millionen Menschen starben 2002 an HIV/AIDS.

Mit anderen Worten, HIV/AIDS fordert weitaus mehr Menschenleben als militärische Konflikte oder Verbrechen. Und es löscht nicht nur Menschenleben aus, sondern wirkt sich auch auf die Gesellschaft und selbst auf die Strukturen der Regierungsführung aus. Noch schwerer aber wiegt, dass HIV/AIDS auf verschiedene Weisen ein direktes Sicherheitsrisiko für die Menschen bedeutet: neben Schwäche und Tod, zu denen es bei den Betroffenen führt, verstärkt es indirekt auch die Unsicherheit, indem es die sozialen Strukturen der Gesellschaft zerstört: Familien, Clans, Gemeinschaften und letztlich sogar wirtschaftliche und soziopolitische Institutionen, darunter auch das Militär und die Polizei, deren Auftrag es ja gerade ist, für Sicherheit zu sorgen. Durch den zahlenmäßigen Vergleich der Opfer von HIV/AIDS mit denen bewaffneter Konflikte soll nicht angedeutet werden, dass einer der beiden Problembereiche wichtiger wäre als der andere. Tatsächlich gibt es sogar eine Überlappung. Oftmals sind militärische Konflikte auch selbst eine Ursache für die Ausbreitung von HIV-Infektionen, in erster Linie auf Grund hoher HIV/AIDS-Infektionsraten bei den Kombattanten und sexueller Übergriffe während eines Krieges. Für einige vom

Krieg zerrüttete Länder wie etwa die Demokratische Republik Kongo und Angola gehen die Schätzungen von einer HIV-Infektionsrate unter den Kombattanten in einer Größenordnung von 40 bis 60 Prozent aus.

Wenn es um HIV/AIDS geht, muss den Militärangehörigen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. In zahlreichen Streitkräften ist die HIV/AIDS-Infektionsrate hoch – weitaus höher als in der Zivilbevölkerung. Bei den Streitkräften und der Polizei etlicher Länder Afrikas ist HIV/AIDS die Hauptursache von Dienstunfähigkeit und Tod. Bedeutsam ist auch, dass die Soldaten selbst ein wichtiger Faktor für die Ausbreitung des Virus sind, und zwar nicht nur in Kriegszeiten. Lange Zeit wurde die Gefahr der Verbreitung von HIV/AIDS durch Friedenstruppen ignoriert. Bei der Demobilisierung nach dem Ende eines Konflikts wiederum müssen auch infizierte ehemalige Kombattanten in ihre Heimatgemeinden reintegriert werden. Hier wird die Situation durch Programme, die den Faktor HIV/AIDS ignorieren, womöglich noch verschlimmert.

Das Sicherheitsrisiko, das von HIV/AIDS ausgeht, wurde Ende der 1990er Jahre in einer Reihe von Sitzungen und Resolution der VN klar identifiziert. Doch obwohl das Interesse für HIV/AIDS als humanitäres Problem weiterhin groß ist und sogar zusätzliche Gelder zur Verfügung gestellt werden, sind die Auswirkungen von HIV/AIDS auf die menschliche Sicherheit in den Hintergrund gerückt. Zu den komplexen Zusammenhängen zwischen HIV/AIDS und Sicherheit ist bisher nur sehr wenig geforscht worden. In den vorhandenen Studien wird das Thema entweder ignoriert oder es wird generell ein verheerendes Bild des totalen Chaos gezeichnet. Hinzu kommt, dass sich die Aufmerksamkeit der wichtigen internationalen Akteure auf andere Themen wie z.B. Terrorismus und Nichtweiterverbreitung konzentriert. Das Thema HIV/AIDS hat auf dieser Agenda keinen Platz.

Dies führt nicht zuletzt dazu, dass das Interesse für sicherheitspolitische Fragen, die Afrika betreffen, nachlässt. Afrika ist nicht nur schon jetzt von HIV/AIDS am schwersten betroffen, die Afrikaner werden voraussichtlich auch in Zukunft am meisten darunter leiden. 2002 waren weltweit etwa 80 Prozent aller AIDS-Todesopfer in Afrika südlich der Sahara zu beklagen. Laut WHO ist HIV/AIDS in dieser Region die häufigste Todesursache und führte zu einem deutlichen Rückgang der durchschnittlichen Lebenserwartung. In Simbabwe etwa betrug die Lebenserwartung eines Neugeborenen Anfang der 1970er Jahre durchschnittlich 56 Jahre, heute liegt sie bei 33 Jahren. Die entsprechenden Zahlen für Sambia sind

---

<sup>3</sup> Weltgesundheitsorganisation, *World Health Report 2003, Rom, Seite 17*

50 bzw. 32 Jahre.<sup>4</sup> Es sei an dieser Stelle aber auch angemerkt, dass die höchsten HIV/AIDS-Zuwachsraten nicht in Afrika, sondern in Osteuropa, allen voran in der Ukraine, zu finden sind.

### **Entscheidungsoptionen und Prioritäten**

HIV/AIDS ist allerdings nicht die einzige Krankheit, die eine große Zahl von Menschen tötet. Auch die Tuberkulose mit 1,7 Millionen und die Malaria mit einer Million Todesopfern im Jahr 2002 müssten längst nicht so verheerend sein, wenn Vorbeugung und Bekämpfung verbessert würden.

Und neue Krankheiten, wie z.B. SARS, treten mit Besorgnis erregender Regelmäßigkeit auf. Sie fordern zwar weitaus weniger Todesopfer, sind aber dennoch eine enorme Belastung für die Gesundheitssysteme, die bis an ihre Grenzen beansprucht werden. Durch bestimmte Faktoren, die mit der Gesellschaft, der Umwelt und unserer zunehmenden globalen Vernetzung zusammenhängen, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass Krankheiten wie SARS entstehen und sich ausbreiten können. Die SARS-Episode war im Übrigen eine Mahnung, dass wir Gesundheitssysteme brauchen, die nicht nur technisch in der Lage sind, über Epidemien zu berichten, sondern auch keiner politischen Zensur unterliegen.

Schließlich bleibt festzuhalten, dass die Gesundheitssysteme in zahlreichen Entwicklungsländern finanziell viel zu dürftig ausgestattet sind. Das Gleiche gilt für die Erforschung der besonders in diesen Ländern verbreiteten Krankheiten. Die von der damaligen Direktorin der Weltgesundheitsorganisation Gro Harlem Brundtland eingesetzte *Kommission für Makroökonomie und Gesundheit* berichtete 2001, dass an Stelle der seinerzeit geleisteten Hilfe in Höhe von rund sechs Milliarden US-Dollar jährlich ca. 27 Milliarden US-Dollar nötig wären, um die Lücken in der Finanzierung der medizinischen Forschung und der vorbeugenden Gesundheitsfürsorge zu schließen – zusätzlich zu wirksamen und nachhaltigen Anstrengungen der Empfängerländer selbst.<sup>5</sup> Nach einer Schätzung der Kommission würde eine Verbesserung der Gesundheit auch einen beträchtlichen Zugewinn für das wirtschaftliche Wohlergehen armer Menschen bringen. Verglichen mit den weltweiten Militärausgaben – oder den Kosten des Irak-Krieges von 2003 – ist der Finanzbedarf für präventive Gesundheitsmaßnahmen nicht hoch, aber gewiss eine gute Investition in die Sicherheit.

---

<sup>4</sup> [www.undp.org](http://www.undp.org)

<sup>5</sup> [www.cmhealth.org](http://www.cmhealth.org)

### *Forschungsergebnisse des BICC*

Die Arbeit des BICC ist der Untersuchung und Förderung von Konversionsaktivitäten in einem weit gefassten Sinne gewidmet. Bedeutende Ereignisse, kontrovers diskutierte Themen und neue Erkenntnisse aus dem Tätigkeitsbereich des BICC werden im *Update* zusammenfassend dargestellt und genauer analysiert. Dieser Teil der Einleitung bietet einen kurzen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse.

**Die weltweiten Militärausgaben 2002:** Die globalen Militärausgaben sind seit 1998 stetig gestiegen, seit 2001 sogar in dramatischem Umfang. Im Laufe von 2002, d.h. des letzten Jahres, für das bei Abfassung dieses Berichts umfassende Daten verfügbar waren, beliefen sie sich auf einen Umfang von über 850 Milliarden US-Dollar (in derzeitigen Preisen), womit sie aber immer noch deutlich niedriger lagen als zum Höhepunkt des Kalten Krieges Mitte der 1980er Jahre. So belief sich der Anteil der Militärausgaben am Bruttonationalprodukt (BSP) 2002 auf 2,2 Prozent, 1986 waren es noch 5,1 Prozent.

Dieser Trend wachsender Militärausgaben ist nicht allgemein verbreitet, sondern im Wesentlichen von der Entwicklung in den Vereinigten Staaten und wenigen anderen großen Ländern bestimmt. Von den 32 Milliarden US-Dollar, die 2002 gegenüber 2001 weltweit zusätzlich für das Militär ausgegeben wurden, entfielen fast 26 Milliarden US-Dollar allein auf die USA, während die restlichen knapp sieben Milliarden US-Dollar sich auf fünf andere Länder verteilten: China, Russland, Iran, Brasilien und Indien. Ein guter Teil der Ausgaben für Waffen und militärische Kräfte taucht allerdings in den Statistiken über die offiziellen Militärausgaben gar nicht erst auf. In Konfliktgebieten beispielsweise werden Kriege häufig über andere Kanäle finanziert, z.B. über den Verkauf marktgängiger Ressourcen oder Geldtransfers von Diaspora-Gemeinden.

**Die Beschäftigung in der Rüstungsindustrie weltweit** ist weiter rückläufig, wenngleich dies größtenteils auf die Modernisierung der Produktion in vielen Ländern sowie auf einen beträchtlichen Abbau in China zurückzuführen ist. Die weltweite Gesamtzahl der Beschäftigten wurde für 2002 auf 7,6 Millionen geschätzt, etwa die Hälfte von 1987. Dagegen ist die Beschäftigung in der US-amerikanischen Rüstungsindustrie – im Wesentlichen auf Grund des steigenden Verteidigungshaushalts – im selben Zeitraum um 3,6 Prozent auf 2,6 Millionen angewachsen und hat damit die Beschäftigungszahl der chinesischen Rüstungsindustrie übertroffen, die in den 1990er Jahren weltweit an der Spitze lag.

Im Verlauf der Jahre 2002/03 fand eine ausgiebige Diskussion über die Zukunft der Rüstungsindustrie in Europa statt. Es wurden einige Versuche unternommen, die nationalen Rüstungsindustrien in vorhandene oder neu geschaffene Strukturen der EU einzubinden, mit dem Ziel, die anhaltende Fragmentierung des

Rüstungsmarkts zu überwinden und damit einen Schlüssel zu den ambitionierten Zielen der *Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik* (ESVP) zu liefern. Allerdings weist die Politik der Mitgliedstaaten, insbesondere Frankreichs und des Vereinigten Königreichs, in Bezug auf die Rüstungsindustrie viele Unterschiede auf. Hierzu gehören etwa das Ausmaß des Schutzes gegenüber US-Firmen oder die Rolle des Staates in der Rüstungsproduktion. Die EU läuft Gefahr, sich in einem neuen Geflecht von Institutionen zu verzetteln, die wenig Einfluss haben und nur dazu führen, dass einerseits die Beschaffung komplizierter und unübersichtlicher sowie andererseits die Unterstützung für die Rüstungsindustrie diffuser wird. Weiter ungeklärt bleibt die Frage, ob die Westeuropäer auf die russischen Angebote einer stärkeren Integration in die europäische Rüstungsindustrie eingehen werden. Ein Kapitel dieses *Survey* ist den Perspektiven stärkerer Rüstungs-Kooperation zwischen der EU und Russland gewidmet.

**Die Reform des Sicherheitssektors** bleibt ein viel diskutiertes, aber auch kontroverses Konzept. Es wurde ursprünglich von den Entwicklungshilfe-Geberländern als Leitlinie für den Umgang mit Militär- und Polizeikräften in den Empfängerländern entwickelt. Zunehmend wird es jedoch – insbesondere in den Transformationsländern – in einem viel weiter gefassten Sinn verstanden. Allmählich erkennen die Geberländer, dass die Reform des Militärs, der Polizei, der Justiz und anderer sicherheitsrelevanter Institutionen in den meisten Ländern nicht mit einer einmaligen Aktion realisierbar ist, sondern eines längeren Prozesses bedarf, an dem ein breites Spektrum von Akteuren, auch externen, beteiligt ist. Die Geber von Entwicklungshilfe suchen dabei weiterhin nach ihrer jeweiligen spezifischen Nische. Manche, wie z.B. in Deutschland, befassen sich vornehmlich mit Fragen der Regierungsführung, andere haben sich für einen umfassenderen Ansatz entschieden. Im Vereinigten Königreich agiert z.B. das Ministerium für Internationale Entwicklung in enger Kooperation mit dem Verteidigungs- und dem Außenministerium. In der Praxis beziehen sich die Entwicklungshilfeaktivitäten schwerpunktmäßig auf Nachkriegssituationen wie die in Afghanistan, doch wird inzwischen weithin akzeptiert, dass Sicherheitsfragen in einem weiter gefassten Rahmen angegangen werden müssen. Ein Kapitel dieser Ausgabe des *Conversion Survey* verdeutlicht das anhand einer Untersuchung der Flüchtlingsthematik als Sicherheitsproblem.

**Die Demobilisierung und Wiedereingliederung** von Soldaten oder Kombattanten erfolgt hauptsächlich in drei Zusammenhängen. Zum einen kann es um einen Frieden schaffenden Prozess gehen, bei dem Demobilisierung eine Vorbedingung für die Beendigung eines gewaltsamen Konflikts darstellt. Insbesondere bei langjährigen Konflikten wie denen in Sri Lanka oder Kolumbien ist es entscheidend, dass die Zusage, die kämpfenden Kräfte vereinbarungsgemäß zu verringern, mit realistischen Zukunftsaussichten im zivilen Leben

für die ehemaligen Kämpfer verknüpft wird. Zum zweiten kann die Demobilisierung der Stabilisierung von Nachkriegsverhältnissen dienen. Viele Entwicklungshilfeegeber sehen in Demobilisierung und Reintegration das primäre Instrument der Unterstützung nach dem Ende eines Konflikts. Bei einigen Programmen, die mit ausreichenden Mitteln ausgestattet sind, wie z.B. in der Region der Großen Seen in Zentralafrika, stellt sich aber gleichzeitig die Frage, ob es zu rechtfertigen ist, Ex-Kombattanten Privilegien zu gewähren, die andere benachteiligte Personen nicht erhalten. Gleichwohl legen die bisherigen Erfahrungen nahe, dass das Fehlen von Programmen zur Demobilisierung und Wiedereingliederung ehemaliger Kämpfer ernsthafte Sicherheitsprobleme verursachen kann. Ein neueres Beispiel hierfür liefert der Irak, wo die Streitkräfte einfach aufgelöst wurden. Eine besondere Untergruppe von Konfliktverhältnissen bilden „gescheiterte Staaten“. In diesen Fällen sind Demobilisierungs- und Reintegrationsmaßnahmen nur dann sinnvoll, wenn sie von Bemühungen zum Wiederaufbau des Staates und zur Veränderung der sozioökonomischen Situation der Kombattanten begleitet werden. Zum dritten kann Demobilisierung Abbau und Umstrukturierung von regulären Streitkräften bedeuten. Eine Reihe westlicher Industrienationen, wie z.B. Deutschland, und osteuropäischer Transformationsländer, darunter auch Russland, reduzieren ihre Streitkräfte weiterhin in beträchtlichem Umfang. Alles in allem war 2002 gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang der weltweiten Militärpersonalstärke von 20,9 auf 20,5 Millionen Personen zu verzeichnen.

Auch 2003 wurde die **Schließung von Militärstandorten** fortgesetzt und für die kommenden Jahre ist mit einem weiteren Abbau zu rechnen. Insbesondere in Europa sind etliche Staaten dabei, die Zahl der Standorte zu verringern. In Deutschland ist dieser Prozess seit Anfang der 1990er Jahre in Gang und 2004 wird das Verteidigungsministerium weitere Standortschließungen ankündigen. In Österreich wurde 2003 mit der Planung für eine neue Standortsstruktur begonnen; auch hier stehen 2004 weitreichende Entscheidungen an. Ein wesentlicher Grund für die Schließung von Standorten ist die Modernisierung der Streitkräfte, die eng mit einer Reduzierung der Personalstärke verbunden ist. Eine weitere wichtige Ursache ist die ökonomische Lage. Die Standortstrukturen sind oft nicht sehr wirtschaftlich, auch wenn sie in der betreffenden Region für einige Arbeitsplätze und Einkommensmöglichkeiten sorgen. Die Erfahrungen der letzten zehn Jahre haben gezeigt, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen von Standortschließungen durch geeignete Konversionsmaßnahmen aufgefangen oder zumindest gemildert werden können. Dennoch bekämpfen Politiker in vielen Ländern jegliche Standortschließung. In den Vereinigten Staaten beispielsweise gibt es überaus mächtige örtliche Lobbygruppen. Entgegen früherer Ankündigungen hat die US-Regierung nach wie vor keine weitere Runde von Standortschließungen offiziell bekannt gegeben. Da US-Militäreinsätze jedoch in absehbarer Zukunft schwerpunktmäßig im Nahen Osten und in Zentralasien erfolgen dürften, ist es wahrscheinlich, dass

Stützpunkte in Westeuropa, insbesondere in Deutschland, abgebaut und neue Stützpunkte in Südosteuropa, im Nahen Osten und Zentralasien errichtet werden.

2002 und 2003 wurden mehr **überschüssige Waffen** ausgemustert als neue produziert. Nach der kontinuierlichen Reduzierung schwerer Waffen zwischen 1991 und 2002 sind die weltweiten Arsenale dieser Waffen jetzt um ein Drittel kleiner als Anfang der 1990er Jahre. Der größte Teil dieses Abbaus erfolgte in den Staaten, die aus der ehemaligen Sowjetunion hervorgegangen sind, doch haben auch westliche Industrienationen ihre Arsenale schwerer Waffen beträchtlich verringert. Die treibenden Kräfte für diese Entwicklung waren hier in erster Linie die Abrüstung und die dringende Notwendigkeit zur Modernisierung der Streitkräfte. In den Entwicklungsländern zeigte sich dagegen ein uneinheitlicheres Bild – es gab einige umfangreiche Reduzierungen, zum Beispiel nach der Beendigung von Kämpfen, aber auch ein paar Fälle, in denen die Streitkräfte in größerem Maße aufgestockt wurden, z.B. im südlichen Asien. Hinzu kam, dass einige Industrieländer einen beträchtlichen Teil ihrer überschüssigen Waffen an Entwicklungsländer abgaben. Als Folge dieser Verschiebungen ist die Gesamtzahl schwerer Waffen im Besitz von Entwicklungsländern inzwischen größer als in den Industrieländern. Erfreulicherweise brachte das Jahr 2003 einige Fortschritte bei Kleinwaffen. Das Bewusstsein der Weltöffentlichkeit für die Gefahren einer missbräuchlichen Verwendung von Kleinwaffen nimmt eindeutig zu und de facto stagniert der Export von Kleinwaffen oder ist sogar rückläufig. Manche Länder, darunter auch Deutschland, haben sich bei der Entsorgung von Kleinwaffen sogar für die Zerstörung als bevorzugte Methode entschieden. Der Analyse der Entsorgungspolitik und -praxis in den Mitgliedstaaten der *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OSZE) ist ein eigenes Kapitel dieses *Survey* gewidmet.

### ***Schlussfolgerungen***

Das Jahr 2003 war vor allem vom Irak-Krieg geprägt. In gewisser Weise stellte dieser Krieg die erste Anwendung der im September 2002 veröffentlichten *Nationalen Sicherheitsstrategie* der USA dar. Nach dem Ende des Krieges stellte sich allerdings heraus, dass es sich bei dem angeblichen Potenzial an Massenvernichtungswaffen im Irak eher um einen Vorwand für einen amerikanischen Militäreinsatz als um eine echte Bedrohung gehandelt haben dürfte. Die Besatzungsmächte hatten in der Nachkriegssituation weitaus größere Schwierigkeiten als vorhergesehen. Im Verlauf des Jahres 2003 lebte in den USA die Kritik an der nationalen Sicherheitspolitik der Regierung – die nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 weitgehend verstummt war – wieder auf. Möglicherweise wird sich die Invasion im Irak letztendlich als das erste und gleichzeitig letzte Beispiel eines militärischen Präventivschlags

erweisen, der damit gerechtfertigt wurde, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen verhindern zu wollen.

Eine Wiederholung dessen, was im Irak geschehen ist, erscheint derzeit wenig wahrscheinlich, doch ebenso unwahrscheinlich ist es, dass die US-Regierung von ihrem Hauptaugenmerk auf militärische Stärke ablassen wird. Der Ausbau der Streitkräfte, der während der letzten Jahre der Clinton-Administration in den Vereinigten Staaten in Gang gesetzt und von der Bush-Regierung noch verstärkt wurde, hat zum Entstehen großer und mächtiger Institutionen und Lobbygruppen geführt. Gleichzeitig aber – und das ist vielleicht noch bedeutsamer – hat sich auch die Sichtweise der sicherheitspolitischen Ziele und Prioritäten in der Weltöffentlichkeit verändert. Die jetzt vorherrschende Wahrnehmung kommt z.B. in der Sicherheitsstrategie der Europäischen Union vom Dezember 2003 zum Ausdruck, in der spezifische Bedrohungen wie der internationale Terrorismus und Massenvernichtungswaffen besonders hervorgehoben werden, während die eigentlichen Ursachen und mögliche Mittel zu ihrer Beseitigung wenig Beachtung finden.

Die Veränderung der Sichtweisen und Prioritäten wird verheerende Auswirkungen insbesondere auf die menschliche Entwicklung, die menschliche Sicherheit und den Kampf gegen die Armut haben – mit anderen Worten, die Bemühungen um angemessene und nachhaltige Lebensverhältnisse für die mehr als eine Milliarde armer Menschen in der Welt werden zu kurz kommen. Sofern die Prioritäten nicht neu bestimmt werden, besteht keine Chance, die ambitionierten Ziele der VN-Millennium-Erklärung des Jahres 2000 zu realisieren. Allein die Steigerung der Militärausgaben seit der Millennium-Erklärung, ist mit annähernd 60 Milliarden US-Dollar größer als die gesamte offizielle Entwicklungshilfe des Jahres 2003, die sich auf 55 Milliarden US-Dollar belief. Sicher ist die Entwicklungshilfe nur eine von mehreren Komponenten im Kampf gegen die Armut. Gleichzeitig spiegeln diese Zahlen aber die Prioritäten derjenigen wider, die an den Schalthebeln der Macht sitzen. Diese Schwerpunktsetzung ist, gemessen am Ausmaß der weltweiten Armut oder der Zahl vorzeitiger Todesfälle, falsch, denn sie gibt – auf Kosten der Sicherheit eines größeren Teils der Menschheit – einem sehr eng gefassten Begriff von nationaler Sicherheit den Vorrang.

Nur die Analyse der Bedrohungen für Leben, Gesundheit und Freiheit der Menschen überall auf der Welt bietet einen verlässlichen Leitfadens für die Neuorientierung der Prioritäten. Es kann zwar nicht geleugnet werden, dass 2003 mehrere Hunderttausend Menschen überall in der Welt durch Krieg, Tötung und andere Formen direkter von Menschen ausgehender Gewalt ums Leben gekommen sind (die letzte gut dokumentierte Zahl, die von der Weltgesundheitsorganisation in ihrem *Bericht zu Gewalt und Gesundheit* genannt wurde, betrug 530.000 für das Jahr 2000). Dennoch starben weitaus mehr Menschen auf Grund von Armut, an eigentlich behandelbaren Krankheiten sowie an den Langzeitfolgen von Unterernährung und Hunger. Das sind die Herausforderungen, die ein weiter gefasster Begriff von menschlicher Sicherheit einzubeziehen versucht.





Die Prioritäten richtig zu setzen ist schwierig aber unerlässlich. Armut ist nicht nur eine Plage an sich, sie ist auch der Hauptgrund für interne Kriege und eine wesentliche Ursache für einen Großteil der Kriminalität. Internationale Terroristen sind keine armen Menschen, aber sie benutzen die weit verbreitete Armut als Rechtfertigung für ihre Aktionen. Sicherheit ist nicht erreichbar, solange die Armut nicht beseitigt wird.

Abrüstung und Konversion können dazu beitragen, die Schwerpunkte zurechtzurücken. Abrüstung ist wichtig, weil sie finanzielle und andere Ressourcen freisetzt, die zur Bekämpfung der Armut und zur Verbesserung der menschlichen Sicherheit eingesetzt werden können. Die Konversion kann ihrerseits die Abrüstung fördern. Sie leistet einen Beitrag zur Prävention und Lösung von Konflikten. Durch die sorgfältige Steuerung der Umwidmung von Ressourcen kann deren Beitrag im Kampf um die Erreichung der Millennium-Ziele maximiert werden. Allein die Tatsache, dass Abrüstung und Konversion heute manchmal als überholt angesehen werden, signalisiert schon, dass die derzeitigen Prioritäten den realen Bedrohungen, denen die Menschen weltweit ausgesetzt sind, nicht entsprechen. Abrüstung und Konversion im weiteren Sinne sind alles andere als überholt und sie müssen wieder einen festen Platz auf der internationalen Agenda erhalten.